



Kriminalität

PKS 2023

Die Geister, die ich rief



In diesen Tagen verkünden die Innenminister der Länder die Kriminalitätsstatistiken. Vermutlich kennen Sie bereits die eine oder andere ministerielle Mitteilung. Da sind sie wieder, die alljährlichen Politik-State-

ments, das Politik-Schulterklöpfen über eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung. So als hätten manche selbst in die bis oft in die Nächte dauernden Ermittlungsarbeiten eingegriffen oder bei der Bearbeitung mehrerer Hunderttausender Kriminalfälle schweißtreibend mitgewirkt. März und April sind die Monate des Jahres, in denen die Statistiker und Mathematiker im Urlaub sein müssen. Wie ist es sonst zu erklären, dass auf der Messlatte der politischen Deutungshoheit eine 60-Prozent-Aufklärungsquote nur ganz knapp unterhalb der 100-Prozent-Marke vorzufinden ist?

Es ist nur dem Timing der politischen Akteure geschuldet, ob auch für Baden-Württemberg die Zahlen schon vorliegen. Oder aber es liegt an einer einsamen Grafikerin in Bad Cannstatt, die den Auftrag hat, den Sicherheitsbericht mit einer perfekten grafischen Darstellung auszugestalten. Spötter behaupten, damit gewollte politische Aussagen zumindest optisch nach etwas aussehen. Tatsächlich werden aber Fakten und wesentliche Inhalte dabei in den Hintergrund gedrängt. Nur eines ist den Hauptdarstellern wichtig: die eigene Selbstdarstellung und das alljährliche Herausbeschwören ihrer Geister.

Darf ich vorstellen? Den Geist des „historischen Tiefstands“, durch den Baden-Württemberg vermeintlich immer sicherer wird. Oder den Geist namens „Aufklärungsquote“, der seit Jahren sein Unwesen treibt und jedes Jahr erneut „die beste Aufklärungsquote seit ...“ verspricht. Tatsächlich zeigt ein realistischer Blick auf die Kriminalitätsentwicklung mehr

Schatten als Licht. Unsere politisch Verantwortlichen haben ganz den Geist „Ungeklärte Fälle“ vergessen, der immer mächtiger wird. Die Kriminalität steigt und damit auch die Anzahl der ungeklärten Fälle! In der Zeit vor 2016 bis 2023 konnten bei Aufrechnung aller Jahreszahlen fast 1,7 Millionen Straftaten nicht aufgeklärt werden. Würde man die Anzahl der ungeklärten Straftaten auf

darf niemand zufrieden sein. Dafür gibt es zu viele Opfer und viel zu viele Täter konnten, auch wegen fehlender Ressourcen, nicht ermittelt werden.

Es ist so, wie in der Statistik von 2015 beschrieben: „Die PKS bietet kein getreues Spiegelbild der Kriminalitätswirklichkeit, sondern eine je nach Deliktsart mehr oder weniger starke Annäherung an die Realität.“



unsere Städte umlegen, könnten man in Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Ulm und Baden-Baden alle Einwohner damit bedienen.

Es fehlt „hinten und vorne“ an Geld, an Personal, am politischen Rückhalt bei der Ausgestaltung von Rechtsgrundlagen und dem erforderlichen Vertrauen in die Sicherheitsbehörden. Wo ist der sorgsame Umgang mit Kompetenzen in einer kriminalisierenden Welt, in der viel zu viel Politikdogmatik schon lange keine Rolle mehr spielen sollte?

Fachleute gehen von einer enormen Dunkelziffer nicht erfasster Straftaten aus, die deshalb keine Berücksichtigung in der PKS finden. Dies mag als Indikator für eine – vielleicht auch trotz vieler negativer Entwicklungen – noch motivierte und engagierte Arbeit der Polizeibeschäftigten dienen – aber mit der Aufklärungsquote an sich

Ehre, wem Ehre gebührt

Ich kann und will nicht aufhören, an dieser Stelle immer wieder zu erwähnen, dass wir Polizeibeschäftigte selbst Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sind. Auch wir bedürfen einer Sicherheit zum Leben in Freiheit. Es erschreckt mich, wenn ich in meinem beschaulichen Wohnort nur noch dann einen Funkstreifenwagen sehe, wenn ein Unfall geschehen ist oder ein Delikt angezeigt wurde.

Aber mir und uns ist es wichtig, unseren Mitmenschen immer wieder zu sagen, dass es nicht die Politiklautsprecher sind, die für Sicherheit sorgen. Es sind die Menschen, die bei der Polizei beschäftigt sind. Sie geben Tag für Tag ihr Bestes. Für Verwandte, Bekannte, Freunde – für alle Menschen, unabhängig von irgendwelchen Kategorisierungen.

Ihr Ralf Kusterer

Inhalt

- Seite 2 Im Gespräch – Arbeitskreis Innere Sicherheit der FDP-Landtagsfraktion
- Seite 2 Fit for Test 2024
- Seite 3 Klausurtagungen DPoIG-Mandats-träger aktiv
- Seite 4 Daran arbeiten wir
- Seite 6 Jahreshauptversammlung Rems-Murr – auf Kaumeyer folgt Schlipf
- Seite 7 Mehr als 100 Mitglieder bei Jahreshauptversammlung – Karlsruhe setzt Maßstäbe
- Seite 8 Landesseniorenausschuss tagt in Baiersbronn
- Seite 8 Nachtrag – Jahreshauptversammlung Offenburg

Impressum:

Redaktion: Jörg Kluge
 (V. i. S. d. P.)
 Telefon +49.172.1397377
 E-Mail: Joerg.Kluge@DPoIG-bw.de
 Landesgeschäftsstelle:
 Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
 Telefon 0711.9979474-0
 Telefax 0711.9979474-20
 Internet: www.dpolg-bw.de
 E-Mail: info@dpolg-bw.de
 ISSN 0723-1830



Im Gespräch – Arbeitskreis Innere Sicherheit der FDP-Landtagsfraktion

Am 21. Februar 2024 fand eines der regelmäßigen Gespräche mit dem AK Innere Sicherheit der FDP-Landtagsfraktion statt. Teilnehmende waren unter anderem die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Innenpolitik, Julia Goll, sowie der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecher für Rechtspolitik, Nico Weinmann. Die gute Zusammenarbeit erfolgte durch den Parlamentarischen Berater für Innenpolitik, Migration, Recht und Verfassung, Sven Jakob.



> Vorne: Ralf Kusterer, Julia Goll, Dirk Preiss (von links); hinten: Nico Weinmann, Oliver Auras, Sarah Leinert (von links)

in seinem Element. Er zeigte sehr anschaulich die bei der aktuellen Personalverteilung nicht berücksichtigten Parameter auf, die zur hohen Belastung, beispielsweise bei den Streifendiensten, führen: „Hausstreitigkeiten, Präventionsarbeit, Verkehrsregelungen, lange An- und Abfahrten bei Verkehrsunfallaufnahmen sind nur einige davon, die man in den Blick nehmen muss, wenn man das Personal gerecht verteilen will.“

Wie immer war es ein ganzer Strauß an Themen, den die DPoIG-Vertretenden beraten, erläutert, erklärt und gefordert hatten. Der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer verdeutlichte die Forderung zur Übernahme des Tarifergebnisses mit den Sockel- und Mindestbeträgen auf Beamte und Versorgungsempfänger. Die Abgeordnete Goll teilte dabei seine Auffassung, zuerst das Tarifergebnis zu übertragen und sich

danach den Anforderungen an die amtsangemessene Alimentation zuzuwenden. Einigkeit bestand auch in den Themen Personalmangel und Ausrüstungsdefizite. Der FDP-Rechtsexperte teilte, wie so oft, die Ausführungen der DPoIG-Landesgeschäftsführerin Sarah Leinert zum Thema Erfüllungsübernahme und sogenannten Gleichstellungsgesetz, das mehr als große handwerkliche Mängel aufweist.

In einem engagierten Vortrag ging Dirk Preis an das Thema „Taser“ und erklärte die Vorteile des neusten Elektrodistanzimpulsgerätes der Fa. Axon. Auch hier waren sich alle einig, dass jeder Schusswaffengebrauch vermieden werden müsse.

Beim Thema Belastungen und Belastungsfaktoren war der stellvertretende Landesvorsitzende Oliver Auras voll

Wie immer gehören diese Gespräche wie auch der alltägliche Kontakt mit der FDP-Fraktion zu den angenehmeren Begegnungen. Dabei ist auch die gegenseitige Unterstützung der Arbeitsebenen mit der Landesgeschäftsführerin und Justiziarin Sarah Leinert von großer Bedeutung. Diese trägt auch mit dazu bei, dass Landtagsanfragen auch so gestellt werden, dass sie erfolgreich sind. ■

Fit for Test 2024

Fast 1 000 Interessierte haben an der beliebten Vorbereitungsveranstaltung der DPoIG für das Zulassungsverfahren zum gehobenen PVD teilgenommen. Damit stellte das bewährte Expertenteam mit Jürgen Engel (stellvertretender Landesvorsitzender) und Dominic Schefold (JUNGE POLIZEI Reutlingen) einen neuen Rekord auf. Unterstützung erhielten sie von Jörg Timmann von der Landesgeschäftsstelle, der sozusagen im Hintergrund den Überblick bei der hohen Teilnehmerzahl behielt.

Bereits bei den Vorbereitungen war man über den hohen Zuspruch etwas überrascht. Schnell erkannte man, dass man mit der bisherigen Software die große Nachfrage nicht bewältigen konnte, und stieg noch rechtzeitig auf eine Softwareerweiterung um. Damit wird die DPoIG künftig auch in anderen Bereichen noch leistungsfähiger aufgestellt sein und über Webinare besondere Angebote für ihre Mitglieder anbieten können.

An drei Abendveranstaltungen gab es umfangreiche Informa-



> Dominic Schefold und Jürgen Engel (von links)

tionen über das Zulassungsverfahren sowie Tipps zum Auswahltest. Dabei bildeten in diesem Jahr die Fragen zum Verfahren einen Schwerpunkt. Das zeigt, dass die Informationen über die Dienststellen noch nicht bei allen potenziellen Bewerbenden angekommen sind. Insofern dürften die

DPoIG-Mitglieder erneut einen „kleinen“ Vorsprung auf dem Weg in den gehobenen Dienst haben.

Wir wünschen allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern viel Erfolg bei dem Test und der späteren Auswahlentscheidung. ■

#Ehrenamt sichtbar



Klausurtagungen

DPolG-Mandatsträger aktiv

Die DPolG-Mandatsträger in den Kreis- und Ortsverbänden führen ihr Amt unentgeltlich im Ehren-

amt. Nicht immer wird deutlich, welches Engagement zusätzlich zum regulären Dienst erfolgt. Da-

bei steigen die Herausforderungen an die „Kümmerer“ vor Ort. Neben den gewerkschaftspoliti-

schen Themen ist es eine Vielzahl administrativer Tätigkeiten, die viel Zeit in Anspruch nimmt, damit die Betreuung der Mitglieder optimal erfolgen kann. In Klausurtagungen bereiten sich die Kreis- und Ortsverbände sowie die Bezirksverbände vor. ■



> Klausurtagung Bezirk Ulm am 8. Februar 2024

© DPolG BW (4)



> Klausurtagung Bezirk Konstanz am 23. Februar 2024



> Klausurtagung Bezirk Freiburg am 22. Februar 2024



> Klausurtagung Bezirk HfPol am 26. Februar 2024



Daran arbeiten wir

Nicht alle Themen, denen wir uns aktuell zuwenden, erhalten in der Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit, die sie eigentlich benötigen. Deshalb greifen wir in dieser Rubrik einzelne Themen heraus, an denen wir (auch) aktuell arbeiten.



Joachim Beppler,
KV-Vorsitzender
HfPol Biberach

Regress – Schadensersatz für beschädigte Uniformteile/Verlust des Dienstausweises

Beamten in Ausbildung (BiA) werden Uniformteile zur Verfügung gestellt. Erst nach der Ausbildung werden die BiA in ein System mit einem Bekleidungskonto überführt. Während sich also die fertig Ausgebildeten beschädigte Uniformteile einfach über ihr Bekleidungskonto ersetzen

können, haben es die BiA deutlich schwieriger: Sie müssen sich bei Verlust oder Beschädigung von Uniformteilen an ihre Dienststelle wenden.

Und da ist sie dann mal wieder: die fehlende Wertschätzung und das fragwürdige Bemühen, mitarbeiterfreundlich BiA an die Polizei zu binden. Diese bekommen nämlich beschädigte Uniformteile in Rechnung gestellt. Die Begründung liegt in einer erheblichen Verletzung der besonderen Sorgfaltspflichten für das zur Verfügung gestellte dienstliche Material. Schadensersatz nach § 48 BeamtStG in Verbindung mit § 59 LBG nennt sich das. Grob fahrlässiges Verhalten, mit der Unterstellung man habe die erforderliche Sorgfalt in besonderem Maße verletzt und dabei Überlegungen unterlassen und Verhaltenspflichten missachtet, die naheliegen und jedem hätten einleuchten müssen. Dabei komme es nicht nur auf diejenige Sorgfalt an, die objektiv vom jeweiligen Verkehrskreis verlangt werden kann, das heißt die Vorhersehbarkeit der Gefahr und die Vermeidbarkeit des schädigenden Erfolges, sondern auch darauf, ob der Schädigende nach seinen individuellen Fähigkeiten die objektiv gebotene Sorgfalt erkennen und erbringen konnte.

Keine Frage, wir alle müssen sehr sorgsam mit den Uniformteilen umgehen. Aber einer jungen BiA 27,80 Euro in Rechnung zu stellen, weil ihr Kugelschreiber auslief und ihre Uniformbluse irreparabel verschmutzte, hat schon etwas von einem Schildbürgerstreich. Gleiches gilt für Fälle, in denen ein einziger Handschuh mit über 80 Euro abgerechnet wird. Es wird aber noch besser: Für den Verlust eines Dienstausweises wurden 6,80 Euro von der Dienststelle verfügt. Vermutlich dürften die Personalkosten für die Prüfung, den Kostenbescheid und die Überwachung, den Kostenrahmen selbst bei Beschädigungen von mehr als 200 Euro deutlich übersteigen.

Kein Unternehmen geht so mit seinen Mitarbeitern um, denen man Arbeitskleidung zur Verfügung stellt.



Rolf Schlindwein,
Bezirksvorsitzender
PP Einsatz

Unterbringung bei länderübergreifenden Einsätzen

Die Unterbringung von Einsatzkräften des Landes Baden-Württemberg bei mehrtägigen Einsätzen richtet sich nach dem Leitfaden 150 „Versorgung im Einsatz“. Dort ist (Ziffer 3.3) zur Unterbringung unter anderem geregelt, dass möglichst für alle Einsatzkräfte gleichwertige, nach Geschlechtern getrennte Unterbringung von maximal zwei Personen je Raum anzustreben ist. Besondere Anforderungen oder Bedürfnisse können die Prüfung einer Einzelunterbringung rechtfertigen.

Die Situation hat sich in den vergangenen Jahren grundsätzlich – auch wegen der Schließung alter Kasernen – positiv verändert. Überwiegend erfolgt die Unterbringung jetzt in Hotels – allerdings mit der Einschränkung, dass nicht jede Unterkunft den Begriff „Hotel“ verdient, da auch die untersten Kategorien genutzt werden. Während bei der Bundespolizei beispielsweise bei den Grenzkontrollen von der DPoIG Einzelzimmer durchgesetzt wurden, träumen wir oftmals von einer solchen Unterbringung. Dazu kritisieren wir das bayrische Modell: Dort gibt es Einzelzimmerunterbringung nach Dienstgrad ab der Besoldungsstufe A 13. Dabei bleiben Funktion beziehungsweise Aufgabenwahrnehmung der Einzelnen völlig unberücksichtigt.

Unsere klare Forderung ist die Einzelunterbringung für alle Einsatzkräfte. Solange dies nicht möglich ist, sollte die Unterbringung in Einzelzimmern zumindest der Funktion oder dem Auftrag der Einzelnen folgen. Das dienstgradorientierte bayrische Modell ist absolut unzeitgemäß und zeigt die Notwendigkeit, den veralteten Leitfaden ins Heute zu transformieren.



© DPoIG BW

Beförderungen finanzieren mit Einsparungen durch Teilzeit und Elternzeit

Immer mehr Kolleginnen und Kollegen nehmen die rechtlichen Möglichkeiten der Elternzeit in Anspruch. Für diese Möglichkeit hatte sich auch die Deutsche Polizeigewerkschaft eingesetzt.

Elternzeit ist eine unbezahlte Auszeit vom Berufsleben für Mütter und Väter, die ihr Kind selbst betreuen und erziehen. Auch



Marcus Haider,
BV-Vorsitzender
Ravensburg

Verbeamtete können Elternzeit vom Arbeitgeber verlangen.

Viele Kolleginnen und Kollegen nehmen auch die Möglichkeit einer Teilzeit in Anspruch. Das ist auch im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine gute Sache. Hier liegt der Schwerpunkt bei der Betreuung von Kindern unter 18 Jahren, aber auch die Pflege von pflegebedürftigen Angehörigen ist während der Teilzeit möglich. In beiden Fällen führt die Inanspruchnahme

der rechtlichen Möglichkeiten zu Einsparungen beim Land. Die DPolG setzt sich dafür ein, diese Einsparungen für zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten zu nutzen. Etwa für die Fälle, in denen der Stellenpool des Landes bei freiwilliger Verlängerung der Lebensarbeitszeit nicht ausreicht. Oder eben grundsätzlich zur Steigerung der Perspektiven für Kolleginnen und Kollegen im gehobenen Dienst. Sei es für Beförderungen der 7 500 Polizeioberkommissare oder in den Beförderungssämtern A 11 bis A 13.

Digitalisierung neu ausrichten



Peter Vietz,
BV-Vorsitzender
Ulm

In der Vergangenheit haben Digitalisierungsprozesse in der Landesverwaltung und insbesondere in der Polizei dazu geführt, dass sich die Beschäftigten an der Software orientieren mussten. Das muss sich ändern! Es wird Zeit, dass sich – umgekehrt – die Digitalisierung an den Menschen orientiert. Aus Sicht der Deutschen Polizeigewerkschaft wird zu wenig Rücksicht

auf die Anforderungen zur Auftragserledigung und die Bedürfnisse der Arbeitenden genommen. Die Software und die gesamte IT-Infrastruktur bilden nicht das ab, was sie benötigen, um ihre Arbeit schneller und effizienter zu erledigen. Auf diesem Weg ist eine zukunftsgerichtete und nachhaltige Ermittlungsarbeit nur schwer zu leisten.

Die rasante Entwicklung bei der „künstlichen Intelligenz“ muss dringend zu einer Umkehr der bisherigen Verfahrensweisen führen. Wir brauchen in der Polizei eine menschen-/mitarbeiterzentrierte KI. Es geht nach Auffassung der DPolG darum, „Werkzeuge“ zu schaffen, welche die Beschäftigten unterstützen. Die Möglichkeiten der KI sind riesig und müssen genutzt werden, um Arbeitsprozesse zu erleichtern und Personalverlagerungen vorzunehmen. Das ist bei der aktuellen Entwicklung des Personalmangels noch wichtiger denn je.

Bisher sind die Digitalisierungsprozesse leider vom Gegenteil geprägt. Wir benötigen für einen Großteil eingesetzter Software mehr Personal. Bestes (Negativ-)Beispiel dazu ist aktuell die elektronische Ermittlungsakte. Selbst neuesten Entwicklungen

aufgeschlossen gegenüberstehende Mitarbeiter verzweifeln an Unzulänglichkeiten und Performanceproblemen. Aber damit nicht genug: Bereits in der Pilotierungsphase erfahren diejenigen, die später damit arbeiten müssen, dass sie überhaupt nicht oder nur im geringen Umfang bei der Entwicklung einbezogen wurden.

Vermutlich bedarf es eines grundlegenden Paradigmenwechsels in der polizeilichen Digitalisierungsstrategie und -umsetzung. Die Polizeibeschäftigten müssen mit ihren Bedürfnissen die Grundlage legen. Was wir brauchen sind Kooperationen mit Universitäten und modernen Forschungszentren und keine rückgewandten jahre- oder jahrzehntelangen Entwicklungen, die danach veraltet sind. Auf einen Nenner gebracht: fachlicher Input durch Polizeibeschäftigte, fachliche Umsetzung durch externe Spezialisten.

Personalgewinnung stärken



Daniel Sailer,
KV-Vorsitzender
HfPol Herrenberg

Die Personalgewinnung und die Ausbildung qualifizierter Polizeibeschäftigter ist die Kernaufgabe der Hochschule für Polizei und, wenn man so möchte, erfolgsentscheidend für die Leistungsfähigkeit der Polizei. Das weiß im Grunde keiner besser als die Kolleginnen und Kollegen im Institut für Management und Personalgewinnung (IMuP) der HfPolBW. Egal ob man diese

Aufgabe bei der Bereitschaftspolizeidirektion, dem späteren Bereitschaftspolizeipräsidium oder jetzt an der Hochschule für Polizei ansiedelt: Die Personalgewinnung war, ist und bleibt eine zentrale Herausforderung.

Dabei ist die Nachwuchswerbung immer von den Bewerberzahlen abhängig. Ohne gezielte Werbemaßnahmen und dazu benötigtes Geld geht es nicht und der Konkurrenzdruck ist hoch. Natürlich sind kluge Ideen und zielgruppenorientierte Maßnahmen entscheidende Kriterien, aber die Unterstützung durch die aktiven Polizeibeschäftigten ist genauso wichtig. Wenn Polizeiangehörige innerhalb ihrer Familie oder im privaten Umfeld nicht mehr für ihren Beruf werben oder sogar aktiv davon abraten, muss man die Gründe suchen und angehen. Welches Image hat die heutige Polizei? Wie sind die Rahmenbedingungen in Ausbildung und Studium? Wie steht es um Perspektiven und Karrierechancen? Auch rechtliche Regelungen und Voraussetzungen müssen dabei auf den Prüfstand: Reicht es nicht, einen Bildungsabschluss vorzuweisen, muss dieser zwingend auch noch einen Mindestnotenschnitt erfüllen?

Die DPolG fordert nicht nur optimale Voraussetzungen für die Personalgewinnung, sondern wirbt auch aktiv für die Arbeit bei der Polizei. Der DPolG-Landesvorsitzende hat erst vor wenigen Tagen in den Medien den Polizeiberuf gelobt und die Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt. Er machte in seiner Arbeit aber auch deutlich, dass man bei aller Kritik für Verbesserungen bei den Polizeibeschäftigten und der Inneren Sicherheit eines nie vergessen darf: Die Polizei braucht junge Nachwuchskräfte, die diese Polizeiarbeit auch zukünftig gerne und gut wahrnehmen möchten.



© DPoIG BW

Jahreshauptversammlung Rems-Murr – auf Kaumeyer folgt Schlipf

Am 14. Februar 2023 hat der Kreisverband Rems-Murr (ehemaliger Bereich der Polizeidirektion Waiblingen) seine Mitglieder zur Jahreshauptversammlung in die Gaststätte Talaue nach Winnenden eingeladen. Neben zahlreichen Kreismitgliedern kamen der Bezirksvorsitzende Manfred Ripberger, der ein Grußwort an die Teilnehmenden richtete, der stellvertretende Landesvorsitzende Daniel Jungwirth und der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer zur Veranstaltung. Ebenfalls eingeladen waren Roland und Raphael Schmid von der DBV-Versicherung in Fellbach, die sich im Rahmen der Veranstaltung vorstellten.

Der Kreisvorsitzende Markus Kaumeyer blickte in seinem Geschäftsbericht auf zahlreiche Aktivitäten zurück. Es war seine letzte Jahreshauptversammlung, da er jetzt ins Landeskriminalamt wechselt und dort Verantwortung übernimmt. 16 Jahre war er als Vorsitzender im Rems-Murr-Kreis tätig, nachdem er zuvor fünf Jahre als stellvertretender Vorsitzender aktiv mitgearbeitet hatte.

Der Kassenprüfer Paul Bader bestätigte dem Kreisschatzmeister Steffen Ellinger eine professionelle Kassenführung

und so war die einstimmige Entlastung auch keine Überraschung. Die gab es auch nicht bei den Wahlen, die folgendes Ergebnis erbrachten:

Kreisvorsitzender	Andreas Schlipf
Stellvertretender KV-Vorsitzender/Schatzmeister	Steffen Ellinger
Stellvertretender KV-Vorsitzender/Geschäftsführer	Kenneth Eckstein
Kassenprüfer	Paul Bader
Kassenprüfer	Sebastian Dickhaut
Schriftführer	Thomas Peszold
Erweiterter Vorstand:	
Vertreter JUNGE POLIZEI	Ethan Naninga
Tarifbeauftragte	Katrin Wiebusch
Frauenbeauftragte	Alina Schlipf
Seniorenbeauftragter	Thomas Peszold
Ansprechpartner	
PRev Backnang	Sven Schock und Achim Müller
PRev Fellbach	Thomas Berger
PRev Schorndorf	Ines Wiest
PRev Waiblingen	Kenneth Eckstein, Dominik Riefle
PRev Winnenden	Ethan Naninga
Polizeihundeführer	Sebastian Dickhaut, Marcel Rauskolb
VDASt Backnang	Steffen Ellinger
Kriminalpolizei	Sandra Grasse (KI7)
Verwaltung	Sigrun Brecht

In seinem Vortrag ging der Landesvorsitzende auf aktuelle berufspolitische Themen ein, informierte über die Übertragung des Tarifergebnisses und die klare Forderung, dass die Nettobeträge auch auf die Beamten übertragen werden sollen. Erfreut war er über die positive Resonanz aus dem Mitgliederkreis, der unter anderem seine Medienarbeit

lobte und die Forderung zur Einführung des „Tasers“ ausdrücklich begrüßte. Kusterer lobte die langjährige engagierte Verbandsarbeit des scheidenden Kreisvorsitzenden

Markus Kaumeyer bei dessen Ehrung für 25-jährige Mitgliedschaft, in der er auf eine genauso lange aktive Mitarbeit in der DPoIG zurückblicken könne. Bereits als junger Polizeimeister hatte er den Kreisverband BePo Göppingen übernommen und fünf Jahre lang geführt. Mit Andreas Schlipf und den wiedergewählten Würden erfahrene

Mandatsträger den Kreisverband weiterführen. Darüber freute sich Ralf Kusterer, der seine volle Unterstützung und die des Landesverbandes zusicherte.

Eine Überraschung hatte das bisherige Vorstandsteam noch vorbereitet: die Ernennung von

Markus Kaumeyer zum Ehrenvorsitzenden. Er quittierte dies mit seiner ihm eigenen Art: „Ich freue mich darüber, bin doch noch gar nicht so alt.“

Zahlreiche Mitglieder konnten für ihre langjährige Treue und Mitgliedschaft geehrt werden und freuten sich über Urkunden und Ehrennadeln sowie ein Präsent des Kreisverbandes. ■



Mehr als 100 Mitglieder bei Jahreshauptversammlung – Karlsruhe setzt Maßstäbe

Es ist mit weit über 100 Mitgliedern der stärkste Kreisverband eines Regionalpräsidiums und das vermutlich auch bundesweit. Und doch ist man immer wieder überrascht, wenn man den Tagungsraum für die Mitgliederversammlung betritt. Ein großer Saal, in dem kaum noch ein Plätzchen frei war. Professionelle Soundanlage, Rednerpult wie bei einem kleinen Parteitag: Alles war gut vorbereitet.

Am 5. Dezember 2023 konnten sich die Mitglieder des Kreisverbandes Karlsruhe in angenehmer Atmosphäre im Vereinsheim des DJK Karlsruhe Ost davon überzeugen, dass sie ein Jahr zuvor eine motivierte und engagierte sowie kompetente Vorstandschaft gewählt hatten:

Zunächst standen die notwendigen Regularien auf der Tagesordnung. Geschäftsbericht (Christian Stemmler, Danijela Brecic), Kassenbericht (Manuela Bohlender), Kassenprüfbericht (Kersten Rösner) und Entlastung (Ehrenvorsitzender Fritz Bachholz). Berichte aus den Bereichen JUNGE POLIZEI (Julian Scholz), Senioren (Klaus Kunzmann), Tarif (Antonio Pellegrino), Frauen (Danijela Brecic).

Gleich zu Beginn hatte Torsten Söffner, Direktionsbevollmächtigter der BGV-Versicherungen, in einem kurzen Grußwort wichtige Impulse zum Versicherungswesen gegeben, die für alle noch im wahrsten Sinne

„Geld wert“ sein werden. Christian Stemmler dankte ihm für die Unterstützung und für die gute Zusammenarbeit. Mit einem Bericht über den Seniorenverband und die gute Seniorenarbeit im Kreisverband rundete Jürgen Leucht die umfangreichen Berichte ab.

Zahlreiche Gäste waren nach Karlsruhe gekommen und brachten damit ihre Verbundenheit zum Ausdruck. Uwe Grandel und Dirk Preis als Bezirksvorsitzende aus Pforzheim und Offenburg zählten dazu. Ebenso die Stammgäste, der DPolG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer sowie die Landesgeschäftsführerin und Justiziarin Sarah Leinert. Ralf

Kusterer ging in seinem Bericht auf die aktuellen Tarifverhandlungen ein und lobte dabei ausdrücklich den Kreisverband für die starke Unterstützung bei der Tarifdemo am 30. November 2023. Er nutzte die Gelegenheit, um sich bei der stellvertretenden Landesfrauenbeauftragten Danijela Brecic und bei Antonio Pellegrino als stellvertretender Landestarifbeauftragter, zu bedanken. Er würdigte auch Norbert Schwarzer als Landesbeauftragten für den freiwilligen Polizeidienst und Sabine Dinger, die Landesredakteurin des Polizeispiegels. Alle hatten sich über den Kreisverband hinaus landesweit engagiert.

Der Bericht des Landesvorsitzenden war gespickt mit aktuellen Informationen und, wie man ihn kennt, klaren Worten. Der anschließende Beifall zeigte, dass er damit auf der Linie der Mitglieder lag.

Ein Höhepunkt waren die Ehrungen, bei der neben der Treue für 25-jährige und 40-jährige Mitgliedschaft auch Ehrungen für 50 und 60 Jahre DPolG-Mitgliedschaft überreicht werden konnten. ■

Kreisvorsitzende/r	Christian Stemmler/Danijela Brecic
Stellvertretender KV-Vorsitzender	Sebastian Kreuter/Winfried Westermann
Geschäftsführer/-in	Petra Hubuch und Julian Scholz
Schatzmeisterin	Manuela Bohlender
Kassenprüfer	Kersten Rösner
Kassenprüfer	Rüdiger Zimmermann
Vertreter JUNGE POLIZEI	Julian Scholz
Tarifbeauftragter	Antonio Pellegrino
Frauenbeauftragte	Danijela Brecic
Seniorenbeauftragter	Klaus Kunzmann





© DPoIG BW

Landesseniorenausschuss tagt in Baiersbronn

Am 18. November 2023 tagten die Mitglieder des Landesseniorenausschusses in Baiersbronn. Mit einem Blick zurück vom Landesseniorenbeauf-

tragten Berndt Wittmeier und seinen Mitstreitern aus dem Schulungs- und Vorstandsteam wurden zahlreiche aktuelle Entwicklungen diskutiert. Da-

bei nutzen die DPoIG-Seniorenbeauftragten aus den Bezirksverbänden die Gelegenheit zum Austausch und für die Planungen zum Jahr 2024.

Berndt Wittmeier und seine Teammitstreiter warfen einen Blick zurück und diskutierten zahlreiche aktuelle Entwicklungen.

Nachtrag – Jahreshauptversammlung Offenburg

Vor fast einem Jahr fand in Friesenheim-Heiligenzell die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Offenburg statt. Nach der pandemiebedingten Auszeit konnte der Kreisverbandsvorsitzende Andreas Bix zahlreiche Mitglieder und Polizeibeschäftigte im Namen des Kreisverbandes begrüßen. An der Veranstaltung nahmen auch Polizeipräsident Jürgen Rieger, der Landesvorsitzende der DPoIG Baden-Württemberg, Ralf Kusterer, der Bezirksverbandsvorsitzende Offenburg, Dirk Preis, und die Landesbeauftragte für den Verwaltungsdienst, Natascha Hildenbrand, teil. Für die aufmerksamen Zuhörer gab es nach den Grußworten von Andreas Bix und

Jürgen Rieger noch einige Themen zur Lage der Inneren Sicherheit im Ortenaukreis und aktuelle Nachrichten aus dem Polizeipräsidium Offenburg. Der Landesvorsitzende referierte zur allgemeinen politischen Lage und zur Inneren Sicherheit in Baden-Württemberg.

Gebührend verabschiedet wurden die beiden scheidenden Vorstandsmitglieder Rolf Baum als stellvertretender Vorsitzender und der ehemalige Geschäftsführer Thomas Wanzke. Auf sie folgen Matthias Reitter aus Lahr und Michael Heß.

Schließlich konnten insgesamt 25 Mitglieder für 25- und

40-jährige Treue in der deutschen Polizeigewerkschaft geehrt werden. Sie erhielten die

silberne beziehungsweise goldene Ehrennadel des Verbandes.

Kreisvorsitzende	Andreas Bix
Stellvertretender KV-Vorsitzender	Matthias Reitter
Geschäftsführer	Michael Heß
Schatzmeisterin	Ralf Mättler
Kassenprüfer	Simon Schmitt
Kassenprüfer	Ralf Schote
Vertreter JUNGE POLIZEI	Kevin Hermann
Tarifbeauftragter	Nadia Gabler/Cordula Enderle
Frauenbeauftragte	Tamara Mild und Gabrielle Foßler
Seniorenbeauftragter	Dieter Kirschbaum
Beisitzer	Dirk Weis



© DPoIG BW